

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Noch einmal Christen und Kommunismus

Wir haben im vorigen Heft der Herder-Korrespondenz berichtet, daß die Hierarchie in Frankreich und Italien an gewisse Gruppen von jungen Christen, die mit der kommunistischen Partei mehr oder weniger eng zusammenarbeiten, Warnungen hat ergehen lassen, die ihnen das Zusammengehen mit den Kommunisten verbieten sollten.

Die fortschrittlichen Christen nehmen die Warnung nicht an

In beiden Ländern haben sich diese „Fortschrittlichen Christen“ nicht nach den Warnungen gerichtet. In Italien haben sie mit einer Note auf die im *Osservatore Romano* veröffentlichte Warnung der Kirche geantwortet, in der es heißt, sie wollten ihre Unabhängigkeit „gegenüber jedermann“ bewahren. „Die Fortschrittlichen Christen werden fortfahren, sich um die Sammlung und politische Organisation aller jener zu bemühen, die aus dem Geiste des Christentums geschworen haben, unerbittlich gegen die Habsucht und ihre Instinkte, gegen den Stolz und seine Auswirkungen, die beide unvermeidlich zum Krieg führen müssen, zu kämpfen“.

In Frankreich hat der Generalsekretär der „Fortschrittlichen Christen“, M. Moiroud, in einem Interview gesagt, daß die „Bewegung der Fortschrittlichen Christen“ genau den Intentionen Kardinal Suhards entspreche, daß sie dieselbe Sorge um die Überwindung der sozialen Ungerechtigkeit hätte und mit ihm die „Ängste, Sorgen und Hoffnungen der Arbeiter“ teile; daß sie vor allem, wie der Kardinal es für berechtigt erklärte, von den gegenwärtigen Verhältnissen dazu gebracht worden sei, eine der der Kommunisten parallele Aktion im Hinblick auf ein ganz bestimmtes Ziel zu unternehmen. Die Wochenschrift „*La France Catholique*“ wirft ihnen allerdings durch die Feder Jean de Fabrègues vor und weist ihnen nach, daß sie die Warnungen des Kardinals, die an sie gerichtet waren, nicht auf sich beziehen, dagegen Formulierungen in seiner Bekanntmachung auf sich beziehen, die nicht auf sie bezogen waren.

Franco Rodano in Italien

Der Fall der „Fortschrittlichen Christen“ scheint tatsächlich, zum mindesten in Frankreich, nicht mit einem Wort abzutun. In beiden Ländern scheinen es junge und eifrige Christen zu sein, die sich in diesen Bewegungen sammeln. Soweit es sich im Augenblick von hier aus beurteilen läßt, scheint die italienische Gruppe naiver, leichtgläubiger und auch mißleiteter zu sein. So erscheint wenigstens der junge 31jährige Rechtsanwalt Franco Rodano, der Führer der 1946 gegründeten Gruppe der „christlichen Kommunisten“, der von der Kirche kürzlich persönlich mit dem Interdikt belegt worden ist. Sein Anliegen scheint vor allem die Aufdeckung einer Art Klassenschichtung innerhalb des Klerus zu sein, wobei er offenbar leidenschaftlich Partei für das „geistliche Proletariat“, die tatsächlich in sehr großer Armut lebende niedere Geistlichkeit Italiens, und gegen die begüterte hohe Geistlichkeit ergreift (vgl. hierzu unsere Meldung S. 300).

Scharfe Kritik an der französischen Gruppe

In Frankreich ist die Lage natürlich ganz anders, wie ja auch die Warnung Kardinal Suhards einen ganz anderen Ton anschlagen konnte als die im *Osservatore Romano* veröffentlichten Warnungen an die italienische Gruppe. Zwar sind sehr scharfe Angriffe gegen die französische Bewegung der fortschrittlichen Christen von verschiedenen Seiten gerichtet worden. Der Vollständigkeit halber sei ein Artikel des *Osservatore Romano* vom 5. März erwähnt, der die ganze Bekanntmachung Kardinal Suhards wiedergibt und in einem Kommentar dazu betont, daß es eigentlich nicht genüge, die „enge und ständige Zusammenarbeit“ mit den Kommunisten zu meiden, sondern daß auch in Einzelfragen, in denen ein gemeinsames Vorgehen erwogen werden könne, „äußerste Wachsamkeit“ notwendig sei. Der Artikel des *Osservatore Romano* hält es vor allen Dingen für völlig überflüssig, sich den Anstoß zur sozialen Erneuerung bei einer heterodoxen Bewegung zu holen, da doch die Kirche in ihrer Soziallehre alle notwendigen Prinzipien biete. Er meint, der gute Katholik müsse so vorgehen, daß er die Situation objektiv untersuche, und wenn sich seine Überzeugung ihm als eine vom allgemeinen Weg abweichende Pflicht aufdränge, werde er nicht ins Lager der Feinde übergehen, sondern sich freimütig an seine geistlichen Vorgesetzten wenden, vielleicht einen Artikel in einer ernsthaften und politisch unabhängigen Zeitung schreiben, im Notfall bis zum Heldentum ausharren, aber auf keinen Fall mit den Feinden der Kirche zusammenarbeiten.

Die Stellung Emmanuel Mouniers

Sehr scharf ist in Frankreich selber vor allem ein Aufsatz von P. Fessard im Januarheft der „*Etudes*“ gewesen, in der dieser übrigens auch Emmanuel Mounier, die Gruppe des „*Esprit*“, in seine Anklage mit einbezieht. Nicht ganz zu Recht, wie Mounier in einer Antwort, die „*Etudes*“ im Märzheft veröffentlicht, auseinanderlegt: zwischen den beiden Gruppen haben im Gegenteil lebhaft Auseinandersetzungen gerade über die doktrinären Probleme stattgefunden, die allerdings das gemeinsame Anliegen nicht verdunkelt haben. Als dieses bezeichnet Mounier: „Wie die fortschrittlichen Christen verurteilen wir das wirtschaftliche und soziale System, in dem wir leben, wie ihnen liegt es uns am Herzen, die erfindungsreiche Teilnahme der Christen an einer entscheidenden Wendung unserer Geschichte zu sichern, wie sie denken wir, daß man den Kommunismus nicht durch Lüge und den Marxismus nicht durch Unkenntnis bekämpft“. Und am Schluß seines Offenen Briefes beklagt Mounier, daß, wenn man gewissen fortschrittlichen Christen oder sogar ihnen allen ihre Positionen und Formeln zum Vorwurf machen müßte, es in dieser Form geschieht. Denn diese jungen Christen werden gegenüber den dramatischen Problemen unserer Zeit in ihrem christlichen Gewissen angerufen und von der Liebe, wenn auch vielleicht einer irrenden Liebe, bewegt, glauben aber in der Kirche, von der sie doch die Fülle erwarten, einen Geist der Spitzfindigkeit und Schikane, der unüberwindlichen Dürre zu sehen, in welcher Meinung sie durch die Form dieser

Vorwürfe bestärkt werden. „Es gibt in der angstvollen Frage, die uns die jungen fortschrittlichen Christen stellen, eine Glut von Enttäuschung und Glaube, auf die nur das reiche Strömen des christlichen Lichts und die vollkommenste christliche Liebe wirken können“.

Die Kirche und die politische Willensbildung

Das entscheidende Problem, das hinter dieser ganzen Angelegenheit steht, ist das Verhältnis zwischen Kirche und Welt, Kirche und Geschichte, Kirche und politischem Handeln. (Vgl. dazu auch Herder-Korrespondenz 3. Jhg., Heft 4, S. 177 f.) Hat die Kirche eine direkte oder indirekte Lehrmission gegenüber der Politik? Und wie weit ist die irdische Ordnung, die politische Ordnung ihr gegenüber autonom? Diese Frage ist uralte, sie hat das hohe Mittelalter in der Form der Doppelordnung Kirche und Reich, Papst und Kaiser und deren Kämpfen erfüllt. Ändert man gewisse Termini, so könnte die Formulierung Mouniers eine mittelalterliche sein, wenn er schreibt: „Der christliche Realismus beschreibt die menschliche Geschichte um zwei Pole herum, wie eine Ellipse, einen materiellen und einen übernatürlichen Pol, ersterer dem zweiten untergeordnet, obwohl der zweite eng mit den Positionen des ersten verbunden ist. Man muß sich davor hüten, diese komplexe und dialektische Beziehung in eine idealistische Konstruktion zu verwandeln...“ d. h.: die irdische Ordnung ist eine selbständige Ordnung, hat vor allem ihre eigene Technik, ist aber, da sie den gleichen Menschen betrifft wie die übernatürliche Ordnung, überall mit dieser verflochten. Die Frage ist nun, ob und wie weit die Kirche ganz positiv in die Ordnung der Welt eingreifen darf. Bekanntlich hat sie das in den letzten Jahren öfter getan, wie wir in der Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., Heft 8, S. 358 ff, berichtet haben, vor allem durch ihre Erhebung der Wahlpflicht zur christlichen Pflicht. Die Schriftleitung der „Etudes“ veröffentlicht in ihrem Märzheft im Anschluß an den Erlaß Kardinal Suhards eine Interpretation dieses Rechtes der Kirche, politische Entscheidungen zu Glaubensfragen zu machen.

Die drei Formen kirchlicher Einnischung

Dieses Recht beruht darauf, daß die Kirche sich nicht auf das sogenannte rein geistliche Gebiet beschränken kann, schon darum nicht, weil die Ordnung der Welt die Verwirklichung der übernatürlichen Ziele der Menschheit fördern oder lähmen oder gar verhindern kann. Die Kirche hat also geradezu eine Pflicht, in Dingen der politischen Ordnung zu urteilen. Sie übt diese auf verschiedene Weise aus.

1. Die Kirche kann theoretische Prinzipien verurteilen, die die Handlungen einer politischen Partei oder eines Regimes leiten. Das hat sie in den letzten 150 Jahren des öfteren getan. Sie tut es beim Marxismus, weil er den materiellen Fortschritt einer Klasse zum Götzen erhebt und diesem die menschliche Person opfert und weil er die religiöse Sphäre als Ganzes ausrotten will. Darum, so sagt „Etudes“, wird zugleich die Zugehörigkeit eines Katholiken zu der auf dem Marxismus beruhenden Partei unmöglich. Allerdings, so muß zugegeben werden, schwächen sich die götzendienerischen Positionen politischer Ideologien oft im Laufe der Zeit ab, und die von ihnen getragenen Bewegungen werden dann von

der Kirche angenommen. So ist es z. B. mit der demokratischen Idee der französischen Revolution gegangen, die zuerst wegen ihres anthropozentrischen Optimismus, der die Wirklichkeit der Sünde und die überirdischen Ziele leugnete, verurteilt wurde, dann aber sich in eine einfache politische Struktur verwandelte, die den christlichen Lehren nicht mehr widerspricht. Einige Christen mögen eine solche Wendung einer Ideologie voraussehen, aber die Gefahr des Irrtums ist in solchen Dingen sehr groß, und auf jeden Fall dürfen Christen den auf ihr beruhenden Bewegungen nicht angehören, solange die Irrtümer nicht tatsächlich ausgemerzt sind. Hier haben sie sich der Lehrvollmacht der Kirche zu fügen.

2. Die Kirche kann den Katholiken auch die teilweise Zusammenarbeit mit einer solchen politischen Partei untersagen, selbst wenn sie deren Weltanschauung ausdrücklich ablehnen, wie es z. B. bei den fortschrittlichen Christen der Fall ist. Bei solchen Verboten spielt auch der Eindruck auf die öffentliche Meinung eine große Rolle, mehr jedoch noch der Umstand, daß die Christen hier wahrscheinlich, ohne es zu wollen, zum Sieg dieser Partei mitwirken würden. Je höher in diesem Fall die Autorität ist, die die Warnung ausspricht, desto verpflichtender ist sie für die Gläubigen.

3. In gewissen besonderen Fällen kann die Kirche urteilen, daß eine ganz bestimmte politische Wahl wünschenswert ist, weil sie allein im Stande sei, die Freiheit der Kirche zu garantieren und ihr die Erfüllung ihrer Aufgabe zu ermöglichen. Derartige Urteile sind von der Hierarchie in Belgien, Holland, Deutschland, in einem Falle auch in Frankreich erlassen worden. Es handelt sich dann allerdings nur um einen Rat, den die Hierarchie gibt; der Gläubige ist nicht an diesen gebunden, aber doch verpflichtet, ihn wohl in Erwägung zu ziehen.

Der Ernst des Anliegens

Wie weit immer die fortschrittlichen Christen in Frankreich sich tatsächlich an die Kommunistische Partei gebunden haben mögen (die holländische katholische Wochenschrift „De Linie“ behauptet, sie seien im vorigen Jahr von der französischen Kommunistischen Partei finanziert worden und würden dieses Jahr von der Kominform getragen), so ist doch ihr Anliegen, das sie in der christlichen Gesellschaft, so wie sie ist, nicht verwirklichen zu können glauben, jedenfalls eine ungeheuer ernste Mahnung für die, die in ihnen diesen Eindruck hervorrufen. Wenn sie dabei in Irrtum verfallen, so ist es auf jeden Fall, wie auch Mounier sagt, kein Grund, wie viele es tun, über die Unmöglichkeit ihrer Position wie über einen Triumph zu frohlocken, sondern zu trauern über das Ärgernis, daß die Christen nicht rückhaltlos an der Seite der Armen und Unterdrückten stehen können.

Katholische Stellungnahme zur Erklärung der Menschenrechte

„Die Erklärung der Menschenrechte sollte das verbreitetste öffentliche Dokument unserer Zeit werden“, schreibt die Generalsekretärin der Katholischen Friedens-